



Österreichischer Städtebund

Rathaus
1082 Wien
Telefon 40 00

Telefax international 0043-1-4000-7135
Telefax national 0222-4000-99-89980

Verordnung, mit welcher
die Lehrpläne der Volks-
schule, der Hauptschule
und der Sonderschulen ge-
ändert werden
(Zl. 13.889/51-III/2/93)

Wien, am 2. März 1994
Kettner/Gai/C:Parla
Klappe 899 93
210/13/94
202/14/94
210/15/94

Bundesgesetz, mit dem das
Schülerbeihilfengesetz 1983
geändert wird
(Zl. 12.691/7-III/2/93)

Verordnung, mit der die Ver-
ordnung über die Lehrpläne
der AHS abgeändert wird
(Zl. 13.890/52-III/2/93)

ÖSTERREICHISCHES GESETZENTWURF	
Zl.	05/13
Datum:	4. MRZ. 1994
Verteilt	4. März 1994

Dr. Bauer

An die
Parlamentsdirektion

Parlament
1017 Wien

Unter Bezugnahme auf die vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst übermittelten Entwürfen der zitierten Bundesgesetze bzw. Verordnungen gestattet sich der Österreichische Städtebund, die Stellungnahme der Landesgruppe Salzburg nachzu-
reichen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Erich Pramböck

(Dkfm. Dr. Erich Pramböck)
Generalsekretär

Beilage



Österreichischer Städtebund

Rathaus
1082 Wien

Telefon 40 00

Telefax international 0043-1-4000-7135

Telefax national 0222-4000-99-89980

Verordnung, mit welcher
die Lehrpläne der Volks-
schule, der Hauptschule
und der Sonderschulen ge-
ändert werden
(Zl. 13.889/51-III/2/93)

Wien, am 2. März 1994
Kettner/Gai/C:Schule
Klappe 899 93
210/13/94
202/14/94
210/15/94

Bundesgesetz, mit dem das
Schülerbeihilfengesetz 1983
geändert wird
(Zl. 12.691/7-III/2/93)

Verordnung, mit der die Ver-
ordnung über die Lehrpläne
der AHS abgeändert wird
(Zl. 13.890/52-III/2/93)

An das
Bundesministerium für Unter-
richt und Kunst

Minoritenplatz 5
1014 Wien

In Ergänzung der Stellungnahme des Österreichischen Städte-
bundes zu den obzitierten Entwürfen wird eine Stellungnahme
der Landesgruppe Salzburg nachgereicht, mit deren Inhalt sich
der Österreichische Städtebund vollinhaltlich identifiziert.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Dkfm. Dr. Erich Pramböck)
Generalsekretär

Beilage

ÖSTERREICHISCHER STÄDTEBUND

LANDESGRUPPE SALZBURG

A-5024 Salzburg, Schloß Mirabell, Postfach 63, Telefax (0662) 8072-2080



Zahl
MD/00/22465/94/4

Sachbearbeiter
SR Dr. Atzmüller

(0662) 8072-Dw
2533

Datum
23. Februar 1994

(Bei Antwortschreiben bitte anführen)

Betreff

Verordnung, mit der die Verordnung, mit welcher die Lehrpläne der Volksschule, der Hauptschule und der Sonderschulen erlassen werden, geändert wird;

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Schülerbeihilfengesetz 1983 geändert wird;

Verordnung, mit der die Verordnung über die Lehrpläne der AHS geändert wird;

Bezug: Do. Schreiben vom 11. Jänner 1994,
Zahl 210/13/94, 202/14/94, 210/15/94

An den
Österreichischen Städtebund
Sekretariat

Rathaus
1082 W i e n

Zu dem mit obzit. Schreiben übermittelten Entwürfen betreffend Änderung des Schülerbeihilfengesetzes und der Verordnung über die Lehrpläne der AHS wurden von Seiten der Landesgruppe Salzburg keine Einwände erhoben.

Zu dem gleichzeitig auch übermittelten Entwurf der Verordnungsänderung betreffend Lehrpläne der Volks-, Haupt- und Sonderschulen muß darauf hingewiesen werden, daß dadurch für die Gemeinden als Schulerhalter wiederum neue finanzielle Belastungen erwachsen würden, weil gerade in den ganztätigen Schulformen sozial schwächere Bevölkerungsgruppen (Alleinerzieher, Berufungstätige beider Elternteile etc.) zu verzeichnen sind.

Insbesondere im Bereich der Allgemeinen Sonderschule wird sich die gesetzliche Regelung des Schulorganisationsgesetzes und der nun vorliegende Betreuungsplan für ganztätige Schulformen besonders negativ auswirken: Vorgesehen sind wie bei den Hauptschulen 4 Wochenstunden gegenstandsbezogene Lernzeit und 2 Wochenstunden individuelle Lernzeit, die im Rahmen der Schulautonomie verschoben werden können. Bisher war die Regelung jedoch so, daß 5 Wochenstunden Lernzeit mit 2 Lehrern besetzt waren, um die Schulkinder ihrer Behinderung entsprechend individuell zu fördern; eine Ausweitung der Betreuung würde daher zusätzliches Lehrpersonal erfordern.

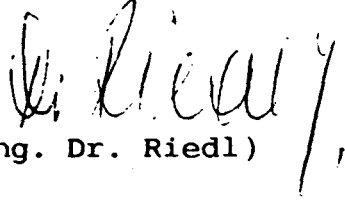
Auch die Trennung von Unterrichts- und Betreuungsteil widerspricht der ganzheitlichen Förderung von geistig behinderten Schulkindern.

Da bei Aufrechterhaltung des bisherigen Angebots Kosten für die Betreuungszeiten in einem Ausmaß anfallen würden, das mit Sicherheit von den Eltern nicht getragen werden kann, würde dies für die Schulerhalter unzumutbare Kosten bedeuten. Lt. einer Berechnung des Bezirksschulrates für die Stadtgemeinde Salzburg würde sich in der Sonderschule für schwerstbehinderte Kinder sogar unter Berücksichtigung eines monatlichen Elternbeitrages von S 1.000,- ein jährl. Mehraufwand von ca. 8,5 Mio.S ergeben.

Dr.Atz./Ki.

Hochachtungsvoll

Für die Geschäftsstelle
der Landesgruppe Salzburg
des Österreichischen Städtebundes:


(Ing. Dr. Riedl)



Österreichischer Städtebund

Rathaus
1082 Wien

Telefon 40 00

Telefax international 0043-1-4000-7135

Telefax national 0222-4000-99-89980

Verordnung, mit welcher
die Lehrpläne der Volks-
schule, der Hauptschule
und der Sonderschulen ge-
ändert werden
(Zl. 13.889/51-III/2/93)

Wien, am 2. März 1994
Kettner/Gai/C:Schule
Klappe 899 93
210/13/94
202/14/94
210/15/94

Bundesgesetz, mit dem das
Schülerbeihilfengesetz 1983
geändert wird
(Zl. 12.691/7-III/2/93)

Verordnung, mit der die Ver-
ordnung über die Lehrpläne
der AHS abgeändert wird
(Zl. 13.890/52-III/2/93)

An das
Bundesministerium für Unter-
richt und Kunst

Minoritenplatz 5
1014 Wien

In Ergänzung der Stellungnahme des Österreichischen Städte-
bundes zu den obzitierten Entwürfen wird eine Stellungnahme
der Landesgruppe Salzburg nachgereicht, mit deren Inhalt sich
der Österreichische Städtebund vollinhaltlich identifiziert.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Dkfm. Dr. Erich Pramböck)
Generalsekretär

Beilage